

Zahlungsunlust

Der Bund verbreitet mit unserem Steuergeld ein Propaganda-filmchen für kommende EU-Verträge. Er propagiert die «Schutzklausel» gegen exzessive Zuwanderung. Frisch und fromm wird behauptet, die Schweiz könne eigenständig die Handbremse ziehen. Weil das aber verboten ist, müsste die Schweiz gebüsst werden, was bedeutet: Die EU müsste dann wohl «Ausgleichsmassnahmen» ergreifen.

«Auch Kriminelle könnten zurückgeschickt werden», heisst es. Dabei hat soeben das Bezirksgericht Winterthur entschieden, einen Bulgaren nicht auszuweisen, der zwei Zufallsoffer aufs Übelste zusammengeschlagen hat. Es ist ein «Grenzfall» – so der milde Richter.

Den Werbefilm des Bundes verbreitet auch die Schweizer Botschaft in Frankreich. Besser wäre es, unser Botschafter in Paris würde sich dafür einsetzen, dass die Sicherheitskosten für den G7-Gipfel in Frankreich nicht an der Schweiz hängen bleiben. Wohlbewusst, dass der G7-Gipfel gewalt-same Demonstrationen auslöst, organisierten die Franzosen diesen Gipfel im französischen Evian – direkt an der Schweizer Grenze. Mit dem Flugzeug ist Evian nur



über den Flughafen in Genf zu erreichen. Weil gefährlich, wurden im französischen Evian sämtliche Demonstrationen verboten. Die Schweiz war damit für die Sicherheit zuständig und soll jetzt offenbar die gesamten Kosten von rund 30 Millionen Franken tragen. Weil in Frankreich «Zahlungsunlust» herrscht. Sind das unsere europäischen «Freunde», mit denen wir angeblich die «Werteordnung» teilen?

Merke: Bei einem Ja zu den EU-Anbindungsverträgen würden wir von den «Freunden» in der EU noch massiver gemolken. Weil sie dann bei den wichtigsten Fragen unseres Landes Gesetzgeber sind und ihr eigenes Gericht mit fremden Richtern entscheidet.

E gfreuti Wuche

Christoph Blocher